

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingerstr. 10. Tel. 14574 u. 21295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellungliste der Staatsschuldverwaltung, Holzplanzen-Verkaufliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 3

Dresden, Dienstag, 5. Januar

1932

Ministerrat am 12. Januar.

Berlin, 4. Januar.
Präsident Lohse hat den Ministerrat des Reichstags für Dienstag, den 12. Januar 11 Uhr vormittags einberufen, um eine Entscheidung über den neuen Antrag der Kommunisten auf vorzeitige Reichstagsauflösung herbeizuführen. Angesichts der internationalen Lage und der bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags auch diesmal keine Mehrheit finden wird.

Die Beratungen über die Neuordnung der Wasserstraßenverwaltung.

Berlin, 5. Januar.
Unter Vorsitz des Reichsverkehrsministers Treubner beginnt heute die Beratungen mit den Länderregierungen über den völligen Übergang der Wasserstraßenverwaltung auf das Reich. Den Beratungen liegt der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Reichswasserstraßenverwaltung zugrunde.

Dem „Vorkonkret“ zufolge umfasst der Gesetzentwurf die Verwaltung der Reichswasserstraßen, die Unterhaltung und den Betrieb, den Ausbau und Neubau des Seezweckwesens, das Kostenwesen auf den mit der See in Zusammenhang stehenden, von Schiffen befahrenen Wasserstraßen, die Beobachtung und Unterhaltung der Hochwasserverhältnisse, die Mitwirkung bei der Freihaltung des Überschwemmungsgebietes und bei der Genesung und Überwachung der Stromschnellen sowie die einheitliche Leitung der Bekämpfung von Hochwasser- und Ueberschüssen, die Strom- und Schiffsfahrtpolizei, die Ausbildung der Tarifpolitik, die Führung der Binnenschiffe.

Über die Abklärung und den Übergang der jetzigen Verwaltung in die reichseigene Verwaltung soll ein besonderer Staatsvertrag mit den Ländern abgeschlossen werden.

Dresden, 5. Januar.

Wie wir erahnen ist zu dieser Besprechung Ministerialdirektor Dr. Sorger aus dem sächsischen Finanzministerium als Vertreter Sachsens entsandt worden. Ihm begleiten einige Fachleute. Ministerialdirektor Sorger hat bekanntlich seit jahrelang die Wasserbaudirektion in Dresden geleitet und ist also auch ein genauer Kenner der Verhältnisse.

Kommunale Finanzwirtschaft.

Berlin, 4. Januar.
Den kommunalen Ausgaben und Einnahmen bringt die Öffentlichkeit gegenwärtig das größte Interesse entgegen. Die vor allem durch die fortwährend wachsende Zahl der Wohlfahrtsbetrieblösen und durch den Rückgang der Steuereinnahmen hervorgerufene schwierige Finanzlage hat die Reichsregierung zu einschneidenden Sparmaßnahmen gezwungen. Die letzten erschienenen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes (Band 387 der Statistik des Deutschen Reiches, Verlag Reimar Hobbing, Preis 25 RM.) mit ihrer bis ins einzelne gehenden Ausgliederung gibt einen reichspendenden Einblick in die Gestaltung und Entwicklung der kommunalen Finanzen.

Durch die Gliederung nach Gemeindegrößenklassen wird die Finanzgebarung der Landgemeinden, der Klein-, Mittel- und Großstädte hervorgehoben und der Einfluß der Gemeindegröße auf die Finanzwirtschaft erkenntlich. Die in der Nachkriegszeit einsetzende starke Verlagerung des Schwerepunktes der Ausgaben besonders vom Bildungswesen zum Wohlfahrts- und Wohnungswesen verändert die Struktur der gemeindlichen Ausgaben grundlegend. Diese noch nicht abgeschlossene Entwicklung hat in den letzten Rechnungsjahren in zunehmendem Maße zu Einsparungen auf allen Gebieten kommunaler Betätigung zugeführt, was häufig wachsenden Wohlfahrtsausgaben geföhrt.

In klar gegliederten, vergleichenden Übersichten werden die großen Entwicklungslinien herausgearbeitet. Kurze Erläuterungen, zahlreiche Schaubilder und Diagramme dienen schneller Orientierung.

Der vorliegende Band dürfte ein wichtiges Nachschlagewerk über die mit der kommunalen Finanzwirtschaft zusammenhängenden Fragen sein.

Verzicht auf Reparationen — das Hauptthema der französischen Morgenpresse.

Paris, 5. Januar.
Das Leitmotiv der heutigen Presse bildet die Frage einer endgültigen Streichung der Reparationen durch die französische Regierung. Dieser Gedanke, der schon gestern von der „Dépêche de Toulouse“ lanciert wurde, ist heute von nahezu allen Blättern aufgegriffen und in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gerückt worden. „République“ begreift ihn freudig, sie sieht in seiner Verwirklichung — wenn jetzt Frankreich sein juristisches und moralisches Recht opfert — die Stärkung der Annäherungspolitik. Wir brauchen nur zu wollen, schreibt das Blatt, und wir können die Welt retten.

„Victoire“ erklärt, die freundschaftliche Revision des Versailler Vertrages in allen jenen Teilen, die unausführbar geworden seien, mit einbezogen die Klausel der restlosen Entlassung Deutschlands, sei jene Wende, die erfolgen müsse, um alles in Ordnung zu bringen.

„Deuxième“ glaubt einen deutschen Schritt billigen zu können, wenn er geschieht, um die politische Atmosphäre zu erneuern. Er sei abzulehnen, falls er lediglich dem Interesse der angelsächsischen Gläubiger dienen sollte.

„Solennité“ befaßt sich mit der „Wirtschaftsfrage Deutschlands“. Wenn das Blatt auch behauptet, daß Deutschland nichts getan habe, um seinen Bankrott zu vermeiden, ja, wenn sogar die Befürchtung ausgesprochen wird, Deutschland würde auch nach der Streichung der Reparationen andere Forderungen, wie beispielsweise die Beseitigung des Danziger Korridors, mit gleicher Behemung vertreten, so kommt es dennoch zu dem Schluß, die Ara der halben Maßnahmen sei vorbei. Man könne vielleicht einen Teil der Reparationen retten, läme man zu einer europäischen Verständigung über Abrüstung, Rinderpest, Rinderpest und Ökonomie.

Das Blatt „Le Nouvelliste“ verlangt, dem Verzicht auf die Reparationen müsse der Verzicht auf die amerikanischen Kongresse auf die Kriegsschulden, der privaten Gläubiger auf die eingefrorenen Kredite und schließlich die Zustimmung Deutschlands, unterstützt durch entsprechende Garantien zu einer Politik der Ordnung der Welt im Sinne des Friedens, voranzugehen. Dennoch kommt auch diese Zeitung zur Feststellung, daß die öffentliche Meinung heute eine große Wende erwartet.

Die Rechtspresse, wie z. B. „Echo de Paris“, steht natürlich anders zu dem Gedanken. Dieses Blatt erklärt u. a., es müsse darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Industrie

gewaltig ausgerüstet sei und nach Beendigung der Krise auf den internationalen Märkten eine ungeheure Überlegenheit haben müßte, wenn die Reparationsklauseln von ihr genommen wären. Zudem würde Deutschland nach Beendigung des Reparationsproblems unverzüglich den „zweiten Teil seines nationalen Programms“ in Angriff nehmen, nämlich die nationalen und politischen Forderungen.

Frankreichs größtes radikales Provinzialblatt fordert endgültige Streichung der deutschen Schulden.

Paris, 4. Januar.

„Dépêche de Toulouse“, das größte französische Provinzialblatt radikaler Färbung, Eigentum der Gebrüder Tartant, die beide in der (sanktionierten) Politik als Senatoren und Angehörige der Radikalen Partei eine große Rolle spielen, veröffentlicht einen Artikel aus der Feder ihres politischen Direktors, Arthur Duc, der der französischen Regierung empfiehlt, Deutschland die Schulden endgültig und restlos zu erlassen. Wir würden, so begründet Duc diesen Vorschlag, nicht nur bei einer endgültigen Schuldenerleichterung gewinnen, sondern zweifellos auch dadurch gewinnen, daß wir die Forderungen des großen Publikums in Deutschland entwaffnen und damit Hitler sein Wahlprogramm breiten können. Deutschland durchschreitet eine Periode unbestreitbarer Not. Deutschland hat nicht, wie man behauptet, sein Geld organisiert. Die Hinterleute erzählen Märchen über die Ursache der Notlage und haben schließlich die Wählermassen davon überzeugt, daß die Reparationen, die nur 12 Prozent der budgetierten Reichsausgaben ausmachen, die einzige verabschiedungswürdige Ursache der deutschen Notlage seien. Nehmt Hitler dieses Argument, und dann werdet ihr ihm drei Viertel seiner Anhänger entziehen und damit vielleicht auch eine deutsche Revolution verhindern, deren Rückwirkungen niemand voraussehen kann. Es gebe zwei Deutschland, eines, das noch in der Vergangenheit lebe, und ein anderes, das bemerkt habe, daß Kriege sich nicht bezahlt machen und eine Annäherung Deutschlands und Frankreichs eine Ara des Friedens und der gegenseitigen Prosperität einleiten würde. Man muß zugeben schließlich „Dépêche de Toulouse“, daß das erste dieser beiden Deutschland Fortschritte macht, während das letztere, das bessere, im Zurückbleiben begriffen ist. Gaben wir um Europas und unserer selbst willen nicht ein Interesse daran, die beste Karte in das Spiel des Deutschland zu tun, das sich weigert, sich in ein Abenteuer zu stürzen?

Kommunistische Streikversuche gescheitert.

Die Lage im Ruhr- und Barmbergbau.

Essen, 4. Januar.
In der heutigen Mittagsstunde sind die Belegschaften auf allen Zechen des Ruhrgebietes angefahren, mit Ausnahme von Zeche „Dietergardt“, wo von 425 Mann Belegschaft 187 Mann fehlten. Die kommunistischen Versuche, einen allgemeinen Streik hervorzurufen, können als gescheitert angesehen werden.

Köln, 4. Januar.
Im Kölscher Kohlengebiet ist heute verschiedentlich versucht worden, die einfahrenden Belegschaften von der Arbeit abzuhalten, was jedoch in keinem Falle gelungen ist. Dieses besonnene Verhalten der Arbeiterschaft war auch der Anlaß für die Polizei, sämtliche Montagschaften zurückzuführen.

Essen, 4. Januar.
Wie die Polizei mitteilt, wurden in der vergangenen Nacht und am frühen Morgen mehrere Terrorakte gegen den Straßenbahnbetrieb verübt. Im Stadtteil Vorbeck wurden an mehreren Stellen Weichen unbrauchbar gemacht. Schienen verlegt und das Pflaster aufgerissen. Am Weichentampentaleise ein Straßenbahnwagen.

Wegen 6 Uhr wurde in Vorbeck ein Straßenbahnwagen beschossen und mit Steinen beworfen. Personen wurden nicht verletzt. Die Zugangsstraßen zu einer Zeche waren durch Drahtverhaue gesperrt. Die Polizei nahm insgesamt 80 Personen fest.

Essen, 4. Januar.
Der Bergbauverein teilt mit: In der heutigen Frühstunde sind nur auf drei Zechen Teile der Belegschaft infolge der kommunistischen Streikpropaganda von der Arbeit ferngeblieben. Auf „Monopol-Grüko“ in Ramen streifen von 672 Mann 168 (hier sind die Ausschüßigen zum größten Teil von den Kommunisten gewaltsam an der Arbeit behindert worden). Auf „Westerholt“ streifen von 1008 Mann 518 und auf „Dietergardt“ von 637 Mann 234. Auf mehreren Zechen wurden Mitglieder der Belegschaft wegen Streikaufrorderung strafflos entlassen.

Unna, 4. Januar.
Vor dem hiesigen Rathaus versammelten sich heute abend etwa 500 Demonstranten. Die Polizei mußte Verhaftungen aus Dortmund herbeiführen.

Düsseldorf, 4. Januar.

Kommunistische Trupps versuchten heute früh Arbeiter von der Arbeit zurückzuhalten. Starke Polizeikräfte verteilten ihr Vorhaben und nahmen etwa 150 Personen fest. Zu Zusammenstößen ist es bisher nirgends gekommen.

Remscheid, 4. Januar.

Heute vormittag wurden 61 Personen wegen Verteilung verbotener Flugblätter und wegen Zusammenrottung vorläufig festgenommen. Aus sämtlichen Bezirken der Stadt liegen abziehende Meldungen vor, daß in sämtlichen Betrieben die Belegschaften vollständig erschienen sind.

Gladbach-Rheinbdt, 4. Januar.

Der kommunistische Streikpatrolle ist im hiesigen Bezirk an seiner Stelle Folge geleistet worden. Vor einer Reihe größerer Betriebe waren Gruppen von Kommunisten verarmelt, die jedoch beim Erscheinen der Beamten meist das Weite suchten. Neun von ihnen wurden festgenommen und sollen heute dem Schnellrichter vorgeführt werden. Vor der Wagenhalle der Straßenbahn in Gladbach sind man heute morgen einige Weichen mit Beton ausgefüllt. Der Betrieb erlitt jedoch keinerlei Störung.

Hundert neue Verhaftungen im Ruhrgebiet.

Oberhausen, 4. Januar.

Hundert Personen, die verhafteten, Streikpatrollen anzustellen und teilweise auch unter Gewalt Arbeitswillige am Betreten der Arbeitsstätte zu hindern, wurden heute hier festgenommen. Sie wurden dem Richter vorgeführt und werden heute noch im Schnellverfahren abgeurteilt werden.

Streikagitatoren vor dem Schnellrichter.

Essen, 4. Januar.

Vor dem Schnellrichter in Gelsenkirchen hatten sich heute mehrere Agitatoren zu verantworten, die sich gestern auf einer Werberammlung den polizeilichen Anordnungen widersetzt hatten. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Franz, Berlin, wurde zu 3 Monaten einer Woche Gefängnis verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten je 3 Wochen Gefängnis.

Auch in Weddinghausen wurden zwei Kommunisten zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie staatsbare kommunistische Flugblätter verteilt hatten.

Im Kölner Braunfohlenrevier.

Köln, 4. Januar.

Heute versammelten sich größere Trupps von Kommunisten vor den Straßenbahnstationen und versuchten, Arbeitswillige von der Arbeit fernzuhalten. Auch vor größeren Privatbetrieben fanden Ansammlungen statt. Aber nur in einem Falle ließen sich Leute vorübergehend zur Arbeitsniederlegung verleiten. 19 Personen, darunter ein kommunistischer Stadtverordneter, wurden festgenommen; sie werden sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

Im Braunfohlenrevier kam es ebenfalls nur zu geringfügigen Störungen, in deren Verlauf 20 Personen festgenommen wurden. Aus den übrigen Orten des Regierungsbezirks Köln wird vollkommene Ruhe gemeldet. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Steinwurf von einem unbekanntem Täter erheblich verletzt.

Köln, 4. Januar.

Wie mitgeteilt wird, sind die Streikversuche der KPD in allen Betrieben mißlungen. Der Straßenbahnverkehr wurde nach kurzer Unterbrechung wieder in normaler Weise abgewickelt. Bei dem Schichtwechsel auf dem Fortunawerk heute früh wurden die einfahrenden Arbeiter von halswärtigen Burischen befaßt, welche die Arbeiter mit dem Hinweis, daß heute der Generalstreik ausgerufen würde, an der Einfahrt hindern wollten. Alle Versuche mißlungen aber.

Mißerfolg der kommunistischen Parole in Hamburg.

Hamburg, 4. Januar.

Die intensive kommunistische Streikpropaganda hat im Hamburger Hafen nur geringen Erfolg erzielt.